



**Start of [Amtsbescheinigung W Nr.  
9273].**

**AR 11684**

Sys #: 000354495

LEO BAECK INSTITUTE  
Center for Jewish History

15 West 16th Street  
New York, NY 10011

Phone: (212) 744-6400  
Fax: (212) 988-1305  
Email: [lbaeck@lbi.cjh.org](mailto:lbaeck@lbi.cjh.org)  
URL: <http://www.lbi.org>

AR 11684

1/1

[Amtsbecheinigung W Nr. 9273]

1953

Archives

AHC 422

- I. Diese Amtsbescheinigung ist ein Dauerausweis. Sie ist nach Vorweis dem Berechtigten zurückzugeben.
- II. Sie verpflichtet alle Behörden und öffentlichen Organe, den sie vorweisenden Inhaber bevorzugt vorzulassen, sein Ansuchen im Sinne des § 4 des Opferfürsorgegesetzes zu fördern und begünstigt zu behandeln.
- III. Das Opferfürsorgegesetz sieht vor, daß bei Vorweis dieser Amtsbescheinigung gewährt wird beziehungsweise gewährt werden kann, und zwar:
- a) Begünstigungen:
1. auf dem Gebiete der Renten- und Unfallversicherung;
  2. bei Gründung, Wiederaufrichtung oder Stützung der wirtschaftlichen Existenz;
  3. bei Vergebung von Geschäftsstellen der Klassenlotterie, Lottokollekturen und Tabakverschleißgeschäften;
  4. bei Vergebung und Zuweisung von Wohnungen, Siedlerstellen und Kleingärten;
  5. Begünstigungen auf dem Gebiete der Steuer- und Gebührenpflicht;
  6. durch Nachlaß und Ermäßigung von Studien- und Prüfungsgeldern.
- b) Fürsorgemaßnahmen:
1. Rentenfürsorge;
  2. Heilfürsorge;
  3. Kinderfürsorge.
- IV. Diese Amtsbescheinigung wird für ungültig erklärt und eingezogen, wenn durch ein Verhalten des Inhabers in Wort und Tat, das im Widerspruch mit den Zielen eines freien, demokratischen Österreich steht oder stand, die Anspruchsberechtigung nach dem Opferfürsorgegesetz verwirkt ist.



## Amtsbescheinigung

Nr. 9273

nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 4. Juli 1947,  
BGBl. Nr. 183.

### Zur Beachtung!

Alle Behörden und öffentlichen Organe haben Inhaber dieser Amtsbescheinigung vor allen anderen Parteien vorzulassen und ihr Ansuchen begünstigt und beschleunigt zu behandeln.



Diese Amtsbescheinigung ist zufolge § 4, Abs. (2), dieses Gesetzes für alle mit der Zuerkennung und Durchführung der Fürsorgemaßnahmen und Begünstigungen dieses Gesetzes befaßten Stellen bindend.

Stempel

Amt der Wiener Landesregierung

Magistrats  
mittelbare Bundesverwaltung  
Referat Opferfürsorge

Es wird hiermit bescheinigt, daß bei *Frau*  
*Elle Rozaport*,

geboren am *13.4.1905* in **WIEN**,

wohnhaft in **WIEN 9,**

*Levitengasse 70, 1180*

zufolge § 1, Abs. (1), lit. ~~a, b, c, d, e~~\*, beziehungsweise ~~Abs. (3)~~ und Abs. (4), die Voraussetzungen des § 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183 (Opferfürsorgegesetz), zutreffen, ~~es~~ sie\*) somit ~~als Opfer\*~~, als Hinterbliebene(r) eines Opfers\*) des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich im Sinne dieses Bundesgesetzes zu behandeln ist.

Ausstellungsdatum: **WIEN 20.1.53**

*H. Doppler*  
Für den Landeshauptmann

\*) Nichtzutreffendes ist zu streichen  
Für den Landeshauptmann:

*23. Jan. 1953*



End of [Amtsbescheinigung W Nr.  
9273].

---